



Auch wenn sich die Gemeindevertretung Reiskirchen schon vor Jahren auf die Südumgehung Reiskirchens festgelegt hat (untere Trassenlinie) favorisieren die Grünen angesichts des schleppenden Genehmigungsverfahrens nach wie vor die Nordtrasse.

Grüne: Planung für Reiskirchens Südumgehung dauert zu lang

Umweltschutzpartei wirbt wieder für Nordumfahrung – „Mangelnde Weitsicht“ beklagt

REISKIRCHEN (rsib). In ihrer letzten Mitgliederversammlung beschäftigten sich die Reiskirchener Grünen seit Jahren wieder einmal mit der Umgehungsstraße. Der Anlass dazu war die Ankündigung des Amts für Straßen und Verkehrswesen (ASV) Schotten im Herbst das Planfeststellungsverfahren einzuleiten. Dazu ließ man einige Teile des bisherigen Geschehens seitens der Grünen Revue passieren.

„Es sieht so aus als ob die Südumgehung die TüV-Plakette nicht erhalten soll“, hatte der damalige Leiter des Straßenbauamtes in Gießen, Kronig, auf einer Bürgerversammlung im Juni 1994 mitgeteilt. Der Grund dafür sei die ungünstige Bewertung in der Umweltverträglichkeitsstudie. Es wurden damals mehrere Varianten untersucht. Für den Naturschutz schnitt die Südumgehung am schlechtesten ab. Auch die Stellungnahme der Oberen Naturschutzbehörde war eindeutig. In das gleiche Horn stießen auch der Regierungspräsident Hartmut Bäumer, das Hessische

Landesamt für Straßenbau und zahlreiche Vertreter vom Planungsbüro und Behörden. Die Bürgerversammlung wurde ständig von lautstarken Zwischenrufen und Protesten der Befürworter einer Südvariante gestört. „Man wollte den Sachargumenten einfach nicht folgen“, stellt Heidemarie Hagemann-Haag fest.

In dieser Bürgerversammlung sagte der Regierungspräsident zu, dass das Planfeststellungsverfahren innerhalb der nächsten dreieinhalb bis vier Jahre abgeschlossen sei, wenn sich die Gemeindevertretung in Reiskirchen für die Nordumgehung entscheide. Beharre sie hingegen weiter auf der Südumgehung, könne er überhaupt nichts versprechen. In dieser Zeit wären zwei Jahre Planung für das Straßenbauamt und eineinhalb Jahre für die Prüfung im Planfeststellungsverfahren vorgesehen. Dies wurde auch von allen anderen an der Planung beteiligten Behörden und Fachbüros so gesehen.

Der Gemeinderat folgte dieser Empfehlung nicht und das ASV trieb die Planung wegen des ungewissen Ausgangs „entsprechend lustlos“ voran, so die Grünen. Die Leidtragenden seien die Anwohner der B 49, denen eine Umgehungsstraße

gegönnt sei, so Renz Hornischer, der neu in der Gemeindevertretung ist. Wegen der mangelhaften Weitsicht einiger starsinniger Personen wären aus den zwei Jahren Planungsphase nunmehr zwölf Jahre geworden, erklären die Grünen.

Wegen des komplizierten Sachverhalts im Naturschutz halten die Grünen es für unwahrscheinlich, dass die Prüfung im Planfeststellungsverfahren innerhalb von zwei Jahren durchgeführt werden kann, wie es kürzlich vom ASV Schotten verkündet wurde, zumal nach dem jetzt gültigen europäischen Recht die Naturschutzgebiete viel stärker berücksichtigt werden müssten.

Es werde wohl noch viel Wasser die Wieseck und die Jossoler hinab fließen, bis Reiskirchen und Lindenstruth endlich eine Umgehungsstraße bekämen, stellte Hagemann-Haag zum Abschluss fest. Der Grund für die lange Planung sei eindeutig in Reiskirchen hausgemacht. Es bliebe fraglich, ob die Südumgehung die „TÜV-Plakette“ jemals erhalten werde. Nach ihrer Meinung würde ein baldiges Umschwenken auf die Nordtrasse auch heute noch schneller zum Erfolg führen, als das „Weiterwursteln“ mit der Südumgehung.